

Corona-Isolationspflicht aufheben

Gemäß der aktuellen Corona-Test- und Quarantäneverordnung des Landes NRW müssen sich infizierte Personen generell für zehn Tage in Quarantäne begeben. Die Isolierung kann frühzeitig durch eine frühestens am fünften Tag der Isolierung vorgenommene negative Testung mittels Corona-Schnelltest oder PCR-Test einer anerkannten Teststelle beendet werden. Die FDP-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf, die Isolationspflicht für Corona-Infizierte auch in Nordrhein-Westfalen aufzuheben – und nicht nur zu verkürzen. NRW soll dem Beispiel der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein folgen und stärker auf die Eigenverantwortung der Menschen setzen anstatt auf eine Pflicht zur Isolierung.

» Antrag: Isolationspflicht aufheben

Das Projekt „Einstein-Teleskop“ vorantreiben

Ein vielversprechendes Projekt der Spitzenforschung mit globaler Ausstrahlung ist das Einstein-Teleskop. Das Gravitationswellen-Observatorium der 3. Generation wird einzigartige astrophysikalische Informationen sowie Erkenntnisse zur Grundlagenphysik aus Schwarzen Löchern und Neutronensternen hervorbringen. Daher soll der Bau des Einstein-Teleskops in NRW zügig vorangetrieben werden, um langfristig die Spitzenforschung in Deutschland und Europa zu unterstützen. Die FDP-Landtagsfraktion fordert – zusammen mit den Fraktionen von CDU, SPD und Grünen – die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung dafür stark zu machen, dass das Einstein-Teleskop-Projekt mit Standort Limburg in die zu aktualisierende „Nationale Roadmap Forschungsinfrastrukturen“ aufgenommen wird. Zudem soll das Land mit der „Einstein Telescope Scientific Collaboration“ sowie mit den Niederlanden, Belgien und der Europäischen Union Gespräche aufnehmen, um die Umsetzung des Projektes zu unterstützen.

» Antrag: Das Einstein-Teleskop vorantreiben!



ANTISEMITISMUS ENTSCHEIDEN BEKÄMPFEN

Die Schüsse auf das Essener Rabbinerhaus waren am Mittwoch Thema im nordrhein-westfälischen Landtag. Als Demokratinnen und Demokraten stellen wir uns jeder Form von Antisemitismus entgegen. In der Debatte hat der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion Henning Höne den Angriff scharf verurteilt. „Der Anschlag in Essen ist ein feiger Anschlag auf das jüdische Leben in Deutschland, ein feiger Anschlag auf den interreligiösen Dialog, ein Anschlag, der mich schockiert hat, ein Anschlag, der mich beschämt. Er ist ein Angriff auf uns alle und ein Anschlag auf alle, die sich tagtäglich für ein tolerantes, friedliches Miteinander in unserer Gesellschaft einsetzen“, sagte Höne. Die Bekämpfung des Antisemitismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und daher unser aller Anliegen. „Jüdinnen und Juden müssen ohne Angst in Deutschland und NRW leben können“, betonte Höne.

» Video: Rede von Henning Höne

Weitere Initiativen der FDP-Landtagsfraktion

Digitale Kfz-Zulassungen flächendeckend in NRW ermöglichen

Während die Möglichkeit zur digitalen Anmeldung eines Autos in Brandenburg in allen Kreisen und in Bayern in 92 Prozent der Kreise besteht, ist dies in Nordrhein-Westfalen lediglich in 15 von 53 Kreisen (28 Prozent) möglich. Die FDP-Landtagsfraktion will den Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen in NRW so schnell wie möglich flächendeckend digitale Antragsverfahren einräumen. Daher wird die Landesregierung aufgefordert, bis zum 30. März 2023 ein Landesportal für die digitale Beantragung von Kraftfahrzeugzulassungen, -um- und -abmeldungen sowie von Kraftfahrzeugkennzeichen anzubieten, welches von den Kommunen in der Folge kostenlos genutzt werden kann.

» Antrag: Digitale Kfz-Zulassungen flächendeckend in NRW ermöglichen

Die NRW-Kreislaufwirtschaft durch chemisches Recycling stärken

Für die FDP-Landtagsfraktion steht fest: In der Kreislaufwirtschaft liegt ein erhebliches wirtschaftliches Potenzial. Chemisches Recycling unterstützt die Ziele des Pariser Klimaabkommens und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in NRW. Daher wird die Landesregierung aufgefordert, kreislauffähige Produkte in die Förderrichtlinien zu integrieren und auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass diese steuerlich begünstigt werden. Zudem soll ein Runder Tisch mit allen wichtigen Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Verbänden gebildet werden, um das Recycling und die übergeordnete Kreislaufwirtschaft in NRW zu verbessern und unser Bundesland zum Kreislaufwirtschaftsland Nr. 1 zu machen.

» Antrag: Die Kreislaufwirtschaft in NRW stärken

Die Gewinnung heimischer Gasvorkommen ergebnisoffen prüfen

In der aktuellen Situation der Gasknappheiten an den europäischen Energiemärkten müssen alle denkbaren Optionen zur Minderung der Energierohstoff-Importabhängigkeit von Russland geprüft werden. Neben der Diversifizierung von Lieferbeziehungen beim Import von Erdgas können die Erschließung und Förderung heimischer Gasvorkommen einen Beitrag leisten, wirtschaftliche Abhängigkeiten zu reduzieren und die Versorgung der heimischen Industrie und Wirtschaft zuverlässiger auszugestalten. Daher fordert die FDP-Landtagsfraktion die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Angemessenheit des Verbots von Fracking-Maßnahmen neu evaluiert und ergebnisoffen geprüft wird.

» Antrag: Die Gewinnung heimischer Gasvorkommen ergebnisoffen prüfen

Legale Einwanderung stärken – Rückführungsoffensive unterstützen

Die FDP-Landtagsfraktion setzt sich für eine geordnete Migrationspolitik ein, die zwischen legaler Einwanderung für Arbeitskräfte, humanitärer Verpflichtung zur Aufnahme von Schutzsuchenden und illegaler Einwanderung unterscheidet. Wir wollen reguläre Migration ermöglichen und irreguläre reduzieren. Die Landesregierung soll Initiativen des Bundes zur Stärkung legaler Wege der Einwanderung wie den Gesetzentwurf zum Chancen-Aufenthaltsrecht und eine Entfristung und Erweiterung der Westbalkan-Regelung unterstützen und diesen Initiativen im Bundesrat zustimmen. Zudem soll sich das Land auf Bundesebene für eine zeitnahe Umsetzung der vorgesehenen Rückführungsoffensive einsetzen. Mit konkreten Maßnahmen wie dem Ausbau der zentralen Ausländerbehörden, der Rückkehrförderung für Menschen ohne Bleiberecht und der Rückkehrberatung soll das Land den Bund bei Abschiebungen unterstützen.

» Antrag: Legale Einwanderung stärken – Rückführungsoffensive unterstützen

Aus Lützerath darf kein „Hambacher Forst 2.0“ werden

Nachdem NRW-Wirtschaftsministerium, Bundeswirtschaftsministerium und RWE einen vorzeitigen Kohleausstieg in Nordrhein-Westfalen bekannt gaben, ist der Ort Lützerath nach dem Hambacher Forst zu einem neuen Mittelpunkt der deutschen Klimabewegung geworden. Die FDP-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf, ein umfassendes Räumungskonzept für das Dorf Lützerath zu erarbeiten, damit Leib und Leben der Anwesenden sowie der eingesetzten Polizeibeamten bei einer Räumung bestmöglich geschützt werden.

» Antrag: Aus Lützerath darf „kein Hambacher Forst 2.0“ werden